

Unverkäufliche Leseprobe



Mark Mazower
Die Welt regieren
Eine Idee und ihre Geschichte

464 Seiten, Gebunden
ISBN: 978-3-406-64869-4

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/11752725>

Prolog: Das europäische Konzert der Mächte 1815–1914

Ein beispielloses Phänomen in der Weltgeschichte.

*Friedrich von Gentz (1818)*¹

Um das Jahr 1953, das Jahr von Stalins Tod, hatte der junge Henry Kissinger seinen Militärdienst bereits abgeleistet, seinen ersten Abschluss in Harvard im Schnelldurchgang absolviert und legte gerade letzte Hand an seine Doktorarbeit. Sein Thema – von anscheinend veraltetem Interesse – handelte davon, wie die Großmächte Europas nach der Niederlage Napoleons vor fast anderthalb Jahrhunderten den Frieden zustande gebracht hatten. Die vier Hauptprotagonisten waren die siegreichen Vier der Zeit – Österreich, Russland, Großbritannien und Preußen – sowie ihre Diplomaten. Sie setzten ihre Treffen auch dann noch regelmäßig fort, als Napoleon schon längst ins Exil geschickt worden war, gestatteten Frankreich, ihnen beizutreten, nachdem die Monarchie wieder hergestellt war, und konferierten seitdem, wann immer eine Krise die Stabilität des Kontinents bedrohte. In der Geschichte ihrer Versammlungen an Orten wie Aachen, Laibach und Troppau (schon die Namen beschworen eine dunkle Vergangenheit herauf) zog Kissinger eine Lehre daraus für seine Wahlheimat. Das, was schon lang verschiedene europäische Aristokraten wie Metternich und Castlereagh die Vereinigten Staaten lehren konnten, war, wie man eine revolutionäre Supermacht einhegt – anstelle Frankreichs lese man UdSSR – und wie man sie in die internationalen Spielregeln einbindet.

Die Konzentration Kissingers auf das Konzert der Mächte, wie die Koalition genannt wurde, war noch aus einem anderen Grund verständlich. Selbst zu der damaligen Zeit waren sich dessen Architekten der innovativen Ordnung internationaler Angelegenheiten bewusst. «Ein beispielloses Phänomen in der Weltgeschichte», so hatte sie Friedrich von Gentz, die rechte Hand des österreichischen Kanzlers Fürst Metternich,

beschrieben. Vor der Französischen Revolution hatte es endlos Bündnisbildungen von Staaten und Fürsten gegeben, die ständig wechselten, um das herrschende Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten oder zu stören. Der Krieg gegen Frankreich hatte auf diese Weise als traditionelle Koalition begonnen, aber er endete, wie Gentz 1818 schrieb, mit etwas Neuem – mit einem «Prinzip allgemeiner Einigung, das all die Staaten kollektiv mit einem föderativen Band unter der Führung von fünf wesentlichen Mächten vereint». ²

Obwohl Napoleon den Katalysator dafür darstellte, war seine Vorstellung, wie Europa zu regieren sei, eine völlig andere gewesen. Als er einige Jahre zuvor auf seinem Rückzug aus Moskau in Pelze gehüllt in seiner Kutsche saß, hatte er seinen freimütigen Außenminister, den Marquis de Caulaincourt, zu überzeugen versucht, dass er «im Interesse des älteren Europa und der Zivilisation» gekämpft habe. Caulaincourt nahm kein Blatt vor den Mund. «Sie fürchten Ihre Majestät», sagte er dem Kaiser. «Die Regierungen haben Angst vor einer Universalmonarchie.» Da die Franzosen auf die Herrschaft des Kontinents aus waren, hatten sie starke Reaktionen im Volk hervorgerufen und «den Hass auf Sie zu einer nationalen Kraft» gemacht. Wo die Franzosen Einheit erstrebt hatten, pries das europäische Konzert der Mächte die Pluralität. Während Napoleon in einem Großteil Europas ein neues, einheitliches Rechtssystem einführen wollte, bestanden seine Gegner darauf, die verfassungsmäßigen, rechtlichen und sozialen Eigenheiten beizubehalten, die die Nationen voneinander unterschieden. Er entthronte Herrscher und krönte seine eigenen Verwandten und Mitkämpfer; sie dagegen wünschten, legitime Herrscher zu schützen und, wo notwendig, wieder einzusetzen. Vor allem aber legte er es darauf an, Frankreich die Macht über alle anderen zu sichern, während sie von der vollständigen Vormachtstellung einer einzelnen Nation nichts hielten. ³

Sie glaubten allerdings nicht, dass alle Staaten gleich wären, was etwas vollkommen anderes gewesen wäre. Ihnen war bewusst, dass Europas Schicksal in ihren Händen lag, sie sahen sich als die wesentlichen Garanten für dessen Stabilität. Im März 1814 waren sich die vier Mächte einig, dass ihr Bündnis mindestens zwanzig Jahre halten würde, und nach Waterloo entwarfen sie Pläne für wiederkehrende Beratungen über ihre «gemeinsamen Interessen». Unter dem Bourbonenkönig Ludwig XVIII. wurde Frankreich im Kreis dieser Mächte willkommen geheißen. Doch Europas kleinere Königshäuser waren stark an den Rand gedrängt, was sie nur um des Friedens willen duldeten und weil sie keine

Alternative hatten. Mit den Worten von Gentz: «Die zweit-, dritt- und viertrangigen Staaten unterwerfen sich stillschweigend den von den großen vorherrschenden Mächten gemeinsam getroffenen Entscheidungen, obgleich nichts dergleichen jemals zur Auflage gemacht worden wäre.»

Diese Hierarchie wurde – zumindest im Denken der Großmächte – damit gerechtfertigt, dass sie eben die kollektiven Interessen des Kontinents formulierten. «Und so scheint Europa tatsächlich eine große politische Familie zu bilden», schrieb Gentz, «geeint unter der Schirmherrschaft eines hohen Tribunals eigener Schöpfung, dessen Mitglieder sich selbst und allen betroffenen Parteien den friedlichen Genuss ihrer jeweiligen Rechten garantieren.» Auf diese Weise wurde die siegreiche Koalition gegen Napoleon zu einem politischen Instrument, das ebenso sehr im Namen Europas von Recht und Gesetz sprach, wie es Napoleon selbst getan hatte. Und natürlich waren im Namen Europas viele verschiedene Programmatiken möglich, die Kleinstaaten des Kontinents waren nicht die einzigen, die das Konzert der Mächte und dessen Regierungsanspruch infrage stellten.

Denn das Konzert der Mächte selbst hatte ein zutiefst konservatives Sendungsbewusstsein. Auf die Achtung vor Königen und Hierarchien gegründet, gab es der Ordnung den Vorzug vor Gleichheit und der Stabilität vor Gerechtigkeit. Gentz und seine Vorgesetzten empfanden die napoleonischen Kriege nicht deshalb als so ungewöhnlich und beunruhigend, weil sie von Frankreich geführt wurden, sondern weil sie versucht hatten, die Revolution zu exportieren. Gentz selbst war früher ein Schüler des Philosophen Kant gewesen, war dann jedoch zu Edmund Burkes Auffassung bekehrt worden, wonach die Französische Revolution nichts anderes bedeute als der Tod Europas. Für den angloirischen Parlamentarier Burke standen die Revolutionäre aufgrund ihrer jakobinischen Gesinnung und ihres Willens, alle überkommenen Institutionen zu stürzen, außerhalb der Grenzen der Zivilisation, sodass ein Krieg gegen sie kein begrenzter Konflikt sein konnte wie in der Vergangenheit, sondern die totale Ausrottung ihrer Ideen und ihrer Kraft umfassen musste. Gentz stimmte dem zu, glaubte aber anders als Burke, dass die Restauration der alten Ordnung unmöglich sei, weil sich zu viel verändert hatte. Um zu retten, was von dem Alten noch übrig sei, müsse man eine Reihe gänzlich neuer Regelungen unter Europas Staaten schaffen. «Die Dinge müssen sich wandeln, um die gleichen zu bleiben» – niemand verstand die Weisheit, die Giuseppe di Lampedusa später in *Der*

Gattopardo, seinem großen Roman über die politische Veränderung des 19. Jahrhunderts formulierte, besser als Gentz und Metternich.

Daher war es nicht überraschend, dass das europäische Konzert der Mächte nunmehr das Recht für sich beanspruchte, in ganz Europa in die innerstaatlichen Angelegenheiten anderer einzugreifen. Gentz begrüßte den Erfolg der Einigkeit, die die internationalen Beziehungen rasch stabilisiert hatte, aber er sah überall die Möglichkeit einer Revolution. «Das Innere aller europäischen Länder wird ohne Ausnahme von einem brennenden Fieber verzehrt», schrieb er 1818, «Begleiter oder Vorläufer der gewaltsamsten Unruhen, die die zivilisierte Welt seit dem Ende des römischen Reichs erlebt hat. Das ist Kampf, das ist Krieg auf Leben und Tod zwischen den alten und neuen Prinzipien, zwischen der alten und der neuen sozialen Ordnung.»⁴ Überall – auch in England – taten die Verwalter des neuen Friedens ihr Bestes, um die noch glimmende «revolutionäre Glut» zu ersticken. In den deutschen Ländern, wo die Meinungsfreiheit erneut eingeschränkt wurde, um «revolutionäre Umtriebe und demagogische Vereine» nicht aufkommen zu lassen, wurden Presse und Post streng zensiert; die Universitäten wurden überwacht und Geheimpolitisten belauschten aufwieglerische Versammlungen in Wirtshäusern und Cafés. «Es gibt nur eine ernste Angelegenheit in Europa», kommentierte Metternich, «und das ist die Revolution.» Das Massaker von Peterloo 1819, bei dem 15 Menschen starben, als die Kavallerie in Manchester eine Massenversammlung angriff, die eine Parlamentsreform verlangte, zeigte, dass auch die britischen Eliten nicht gewillt waren, Kompromisse einzugehen: Gesetze wurden eingeführt, die jedermann, der eine Zusammenkunft für Reformen organisierte, wegen eines «offenen Akts verräterischer Verschwörung» Haft androhten.

Das Konzert der Mächte wurde daher mit der Idee einer konservativen Restauration auf dem Kontinent verbunden, einer Restauration, die Radikale ausspionieren und wenn nötig mit Gewalt eingreifen sollte, um revolutionäre Erhebungen niederzuschlagen, wann immer diese das Prinzip der Monarchie herausforderten. Eine der dominanten Gestalten innerhalb der siegreichen Koalition, der russische Zar Alexander I., wollte noch viel mehr als das – er wollte das europäische Konzert zu einer Heiligen Allianz christlicher Mächte machen. Der Zar, der eine Zeit lang unter dem Einfluss einer mystisch gesinnten baltisch-deutschen Witwe, der Baroness von Krüdener, stand, war überzeugt, Napoleon verkörpere den Antichristen und die «Bestie»; Europas Rettung hinge deshalb davon ab, ein neues Gefühl für überkonfessionelle christliche

Solidarität zu kultivieren (vorzugsweise unter seiner Führung). Als russische Truppen im Triumph durch die Straßen von Paris marschierten, verfassten er und die Baroness den Entwurf eines Bündnisses, das Europas Herrscher «im Namen einer einzigen großen christlichen Nation ... zum Schutz von Religion, Frieden und Gerechtigkeit» zusammenbringen würde.

Die betont auffällige Frömmigkeit und Mystik des Ganzen waren nicht sonderlich attraktiv. Aber die Idee einer Verpflichtung in Friedenszeiten, Subversive und Radikale auszurotten, sprach insbesondere Metternich stark an, sodass sich nach einer gewissen schöpferischen Umgestaltung des Entwurfs die Heilige Allianz als eine Untergruppe konservativer Kräfte im europäischen Konzert der Mächte gründete. Die Monarchen Russlands, Österreichs und Preußens trafen sich in Troppau im österreichischen Schlesien und bekräftigten, dass sie Staaten, deren Regierungen infolge einer Revolution eingesetzt worden seien, als eine Bedrohung für «rechtmäßige Ordnung und Stabilität» betrachten würden, bis sie ihren friedlichen Charakter bewiesen hätten. Für den Fall, dass sich andere von solchen Staaten bedroht fühlten, verpflichteten sich die drei Könige, «den schuldigen Staat mit friedlichen Mitteln oder nötigenfalls mit Waffengewalt in den Schoß der Großen Allianz zurückzuführen».

Für die Briten hingegen war das Bündnis, das Napoleon besiegt hatte, nie als eine Vereinigung gedacht, «mit der man die Welt regiert oder die inneren Angelegenheiten anderer Staaten beaufsichtigt». Der Nachfolger von Castlereagh im Amt des Außenministers, George Canning, war gegen «die Doktrin einer europäischen Polizei», weil es nur dann rechters wäre zu intervenieren, wenn das nationale Interesse durch die Entwicklungen in einem anderen Land beeinträchtigt wäre. Wir stellen also fest, dass Staaten und Politiker gleich zu Beginn der Geschichte internationaler Institutionen um die Grenzen für «das Regieren der Welt» stritten: Was allgemein gesprochen in dem Disput zwischen den Briten und den Imperien Zentraleuropas auf dem Spiel stand, war die Frage, inwieweit die Schaffung einer Reihe von Regelungen zwischen den Staaten dazu dienen dürfe, ein militärisches Eingreifen in die Angelegenheiten anderer Völker zu legitimieren. Wenn uns das etwas sagt, dann deswegen, weil wir mit der heutigen UN-Doktrin der «Schutzverantwortung» und mit dem Ausmaß der Einmischung des US-Militärs in kleinen Kriegen rund um den Erdball wieder einmal in einer hierarchisch geordneten Welt leben. In ihr sind einige Staaten souveräner als andere und rechtfertigen schwerwiegende Eingriffe in die inneren Angelegenheiten

anderer mit der Begründung, dass sie kollektiv für den Grundsatz «rechtmäßiger Ordnung» stehen.⁵

Der Interventionismus und seine Grenzen waren die Gründe für den diplomatischen Graben zwischen Europa und Nord- und Südamerika, der sich in diesen Jahren als direkte Konsequenz aus den politischen Strategien des Konzerts der Mächte auftat. Frankreich vollendete seine rasche Rehabilitation als konservative Macht im Jahr 1823, als es mit dem Beistand Österreichs und Russlands in Spanien einmarschierte und eine revolutionäre Regierung aus Madrid vertrieb. Die dortige Wiederkehr der absolutistischen Monarchie mit all ihren Auswirkungen auf die überseeischen Gebiete Spaniens in Nord- und Südamerika hatte auf lange Sicht fundamentale Folgen für die Weltgeschichte. Der Präsident der USA, James Monroe, sah sich mit der Möglichkeit konfrontiert, dass die Heilige Allianz versuchen würde, die Konterrevolution über den Atlantik zu exportieren, und warnte die Europäer vor einer Einmischung in der westlichen Hemisphäre. In Anbetracht der Größe der amerikanischen Marine war dies zu der Zeit wohl kaum eine überzeugende Drohung. Sie gewann aber an Kraft, als sie durch den britischen Außenminister George Canning unterstützt wurde, der selbst kein Anhänger der Heiligen Allianz war, die bekanntermaßen «die Neue Welt [aufforderte], das Gleichgewicht der Alten wiederherzustellen». Auf diese Weise eröffneten die beiden Männer nicht nur die Möglichkeit einer für die amerikanische Hemisphäre typischen Konzeption des liberalen Internationalismus, die mehr dem Fortschritt als der Reaktion dienen sollte. Sie – insbesondere Canning – nahmen auch die grundlegende Entwicklung des 20. Jahrhunderts vorweg: die Entstehung der angloamerikanischen Hegemonie und durch sie die Schaffung unverkennbar neuer internationaler Organisationen, die auf einer Ablehnung der ureigensten Idee der europäischen Konzertdiplomatie beruhte.

Der Widerstand gegenüber der Heiligen Allianz rettete auch den Geist des Republikanismus. Indem Monroe und Canning die postimperialen Republiken der amerikanischen Hemisphäre für die konservativen Monarchen Europas praktisch zu Sperrbezirken erklärten, hielten sie das Prinzip des demokratischen Nationalismus zu einer Zeit am Leben, als es in Europa selbst niedergehalten wurde. Für die spätere Geschichte internationalen Denkens war dies entscheidend: Jeremy Benthams Ideen, um nur ein Beispiel zu nennen, waren in Südamerika weitaus einflussreicher, als sie es nördlich des Golf von Mexiko jemals waren. Südamerikaner wie die Chilenen Carlos Calvo und Alejandro Álvarez waren wich-

tige Pioniere des neuen internationalen Rechts, und der Panamerikanismus an sich entstand als Alternative zu den verknöcherten Hierarchien und rivalisierenden Allianzen Europas. Der Beitrag Südamerikas zum Völkerbund und den Vereinten Nationen, zu den weltweiten Nachkriegsdebatten über Entwicklung und Neoliberalismus beginnt hier, in einer Konterdiplomatie des 19. Jahrhunderts, die den Norden und den Süden in einer gemeinsamen, wenngleich unbequemen Umklammerung gegen die europäische diplomatische Hegemonie vereinte.⁶

Auf kurze Sicht überlebte das europäische Konzert der Mächte, weil zu viel auf dem Spiel stand, wenn es gescheitert wäre. Mit den Worten des englischen Premierministers Castlereagh: «die Großmächte spüren, dass sie nicht nur ein gemeinsames Interesse, sondern auch eine gemeinsame Pflicht haben, sich darum zu kümmern». Die vorgeschriebenen Konsultationen hielten ihre aggressiven Impulse im Zaum, und selbst die Russen und die Briten zögerten, bevor sie in europäischen Angelegenheiten unilateral handelten. Bis in die 1850er-Jahre hinein gab es tatsächlich mehr, was die Staaten einte als sie trennte: Aufgrund nachwirkender Erinnerungen an die Französische Revolution redeten alle größeren Staaten von der Unantastbarkeit von Verträgen und beobachteten argwöhnisch die wachsende Agitation für parlamentarische Repräsentation und Arbeiterrechte, ganz zu schweigen von nationaler Befreiung und Zolltarifreform. Sogar die Briten, die am meisten geneigt waren, liberale Anliegen zu unterstützen, waren nicht gewillt, die Vereinbarung von 1815 zu gefährden. Emigranten flohen vom Kontinent in das sichere Dover und agitierten auf den Straßen Londons für die Sache Polens, Ungarns oder Italiens, aber sie hatten nicht durchweg Erfolg damit, die Außenpolitik aus Whitehall für ihre Ziele einzunehmen. Premierminister Russell widersetzte sich 1848 den Aufforderungen, den unterdrückten Nationalitäten zu helfen, als diese sich gegen die despotische Herrschaft auf dem Kontinent erhoben, und rechtfertigte seine Zurückhaltung mit dem Argument, es sei zum Besten «der politischen Unabhängigkeit und Freiheiten Europas». Kurz gesagt, man setzte die englischen Interessen mit der Wahrung der Wiener Ordnung gleich und definierte Europa unter dem Aspekt der Freiheiten seiner Souveräne und nicht unter dem Aspekt der Freiheiten von Untertanen oder der Rechte von Nationen. «Jede Nation hat ihre eigenen Rechte», formulierten die Diplomaten während der Konferenz, auf der 1830 Belgien geschaffen wurde, «aber Europa hat ebenfalls seine Rechte, die ihm durch die Ordnung der Gesellschaft verliehen sind.» «Gesellschaft», das bedeutete für die Diplomaten immer

noch die Staatengesellschaft, nicht das bei Weitem gefährlichere Terrain des Klassenkampfes oder kollidierender ökonomischer und kultureller Interessen, die sie zu Hause erwarteten.

Doch diese sozialen Kräfte schickten sich an, das Europa des Konzerts der Mächte hinwegzufegen. Die politische Ordnung, zu deren Verteidigung es existierte, unterschied sich sehr von der heutigen. Wenn ein Nationalstaat als ein Staat definiert ist, der im Namen einer ethnischen Majorität regiert wird, dann gab es mit Ausnahme Frankreichs keine Nationalstaaten und nichts, was dem modernen Verständnis einer repräsentativen Demokratie annähernd gleichen würde. Bis dahin existierten weder Deutschland noch Italien. Stattdessen gab es einige sehr große absolutistische Reiche, ein paar konstitutionelle Monarchien und eine große Zahl dazwischen anzusiedelnder Kleinstaaten mit ihren eigenen Regenten, Gesetzen und Währungen. Polen war bei einer Landaneignung unter den Großmächten aufgeteilt worden, die in der Logik des Konzerts der Mächte höchst sinnvoll war, mit der Ausbreitung demokratischer Gesinnung jedoch zunehmend als unmoralisch erschien. Eben dieses politische Kaleidoskop wurde im Ersten Weltkrieg weggefegt, um einem «Neuen Europa» Platz zu machen. Dieses wurde durch den Völkerbund ins Leben gerufen und war im Grunde genommen ein eindrucksvolles und ehrgeiziges Gegenmodell zu dem alten und nunmehr diskreditierten Arrangement, das ein Jahrhundert zuvor in Wien begründet worden war.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war das System des Konzerts der Mächte schon einige Zeit im Niedergang begriffen. Die Revolutionen von 1848 mochten zwar wie ein Scheitern ausgesehen haben – Alexis de Tocqueville hatte 1852 «eine Reaktion gegen Demokratie und sogar gegen Freiheit» ausgemacht –, aber im Rückblick waren sie der Anfang vom Ende des Systems.⁷ Metternich selbst war ins Exil gezwungen worden und verbrachte seinen ersten Winter nach dem Machtverlust in dem modischen neuen englischen Seebad Hove. Die andere Richtung nahm Louis Napoleon, der erste französische Präsident überhaupt, der sich alsbald selbst zum Kaiser erklärte wie sein Onkel. Der Krimkrieg von 1853–1856, der die Mitglieder des Konzerts im Gefecht gegeneinander antreten ließ, kann als Beginn des Übergangs aufgefasst werden. Die wahre Wasserscheide war aber der Deutsch-Französische Krieg von 1870, mit dem zwischen den Mächten eine verschärfte Rivalität aufkam, die vom Nationalismus und Deutschlands eigenen Ambitionen befeuert wurde und die durch die Entstehung großer Heere von Wehrpflichtigen, durch

feindliche Bündnissysteme und tödliche neue Techniken maschineller Kriegsführung bedrohlicher wurde. Zur Zeit der Balkankriege von 1912/13 war die alte Ordnung tatsächlich zusammengebrochen, und die Wünsche der Großmächte, die zur Beratung in London zusammentrafen, wurden von Europas neuesten Mächten auf dem Balkan schlicht und einfach ignoriert. Doch Relikte der Gewohnheiten des alten Konzerts der Mächte überstanden sogar den Ersten Weltkrieg. Parallel zum neuen Völkerbund, der solchen archaischen Praktiken eigentlich ein Ende bereiten sollte, ging die Diplomatie der Großmächte nach wie vor weiter – sie vermittelte den Frieden zwischen Italien und Griechenland 1923 und versuchte 1938 in München, mit Hitler zu verhandeln. Doch das Scheitern von «Frieden in unserer Zeit» unterstrich, dass das Konzert der Mächte ein Jahrhundert nach dem Höhepunkt des Metternich'schen Systems eine grundlegende Übereinstimmung hinsichtlich der Spielregeln voraussetzte und in einer Welt ideologischer Kriegsführung nicht funktionieren konnte.

Oder konnte es das doch? Die mörderischen Turbulenzen in der Mitte des 20. Jahrhunderts in Europa bildeten einen scharfen Gegensatz zur Stabilität der Metternich'schen Ära. Henry Kissinger war weder der Einzige, der in die Vergangenheit schaute, um die Welt in eine weniger chaotische Zukunft führen zu können, noch der Einzige, der in dem langen Frieden des 19. Jahrhunderts ein goldenes Zeitalter weitsichtiger Staatskunst erblickte. In der Phase des Koreakriegs schien allein die Diplomatie in der Lage zu sein, die Welt vor einem Flächenbrand zu bewahren, und die Architekten des europäischen Konzertsystems wirkten vor diesem Hintergrund wie Visionäre. Paul Schroeder, der führende amerikanische Historiker zu diesem Thema, kommentierte: «Erst die Übereinkunft von Wien brachte die Dinge ins Lot.»

An diesem positiven Urteil ist allerdings merkwürdig, dass es so völlig von dem abweicht, was die Menschen über das europäische Konzert der Mächte zu seiner Zeit sagten. Denn was aus der blutigen Perspektive des 20. Jahrhunderts wie eine Errungenschaft aussehen mochte, erschien den Beobachtern und Kommentatoren vor 1914 weit weniger vorteilhaft. Ein Jahrhundert des Friedens? Europa war doch nach 1848 gewiss nicht frei von Kriegen. Nationalisten, vornehmlich aus Deutschland und Italien, geißelten das Versagen des Konzerts der Mächte, den Wunsch nach Freiheit in den europäischen Angelegenheiten zu würdigen oder zu begreifen, wie ihm Rechnung zu tragen sei. Die Demokraten verurteilten die Geheimpolitik, den Elitismus und die unterdrückerischen Instinkte.

Aktivisten wie Shelley und Byron waren von dem Ausmaß der Reaktion von Anfang an abgestoßen und machten keinen Unterschied zwischen den Despoten der Heiligen Allianz und britischen Staatsmännern wie Castlereagh. «Hier liegen die Knochen von Castlereagh», schrieb Byron, «halt an Reisender und erleichtere dich.»

In den Augen Shelleys, Byrons und vieler anderer hatte das europäische Konzert der Mächte die neue Kunst internationalen Regierens nicht beherrscht; es war ganz im Gegenteil ein Symbol für genau die Probleme, zu deren Lösung ein echter Internationalismus gebraucht wurde, ein Symbol für autokratische Führung, Angriffslust, Unverständnis gegenüber dem Wert der Freiheit und der Kraft des sozialen Wandels.

1. Unter dem Zeichen des Internationalen

Die große Frage dieser Ära ist die Koexistenz von vielen führenden Rassen oder Nationen, die durch dieselben internationalen Gesetze, durch Religion und Zivilisation geeint und doch als Nationen getrennt sind.

*Francis Lieber (1867)*¹

Die kosmische Harmonie hat eine lange Geschichte. Jesaja erzählt uns, dass Gott die Nationen der Welt mit katastrophaler Verheerung strafen wird, bevor er «einen neuen Himmel und eine neue Erde» erschafft, wo «Wolf und Lamm einträchtig weiden werden».² Das römische Imperium wollte die gesamte zivilisierte Welt unter ein einziges Rechtssystem bringen, während das Christentum und der Islam danach strebten, die universelle Herrschaft Gottes auf Erden zu verwirklichen. Das mittelalterliche Papsttum und das Osmanische Reich legitimierten sich mit ähnlichen Ausdrücken. «Die Himmel selbst, Planeten und dies Zentrum, / Reihn sich nach Abstand, Rang und Würdigkeit», verkündet Ulysses in Shakespeares *Troilus und Cressida*.³

Doch die Entstehung der Idee, dass die Herrscher der Welt eine Art internationaler Gesellschaft bilden, ist jüngeren Datums und ging aus der Unzufriedenheit mit den mittelalterlichen Vorstellungen eines universellen Reichs hervor. «Die meisten von uns fürchten ein Weltreich», schrieb Erasmus. «Ein geeintes Reich wäre am besten, wenn wir einen Souverän haben könnten, der nach dem Bilde Gottes gemacht ist, aber so wie die Menschen nun einmal sind, gibt es mehr Sicherheit in Königreichen mit mäßiger Macht, die in einem christlichen Bund geeint sind.» Machiavelli argumentierte, dass gerade Europas große Vielfalt an Staaten zur bürgerlichen Tugend ansporne. An solchen Anfängen können wir die Ursprünge einer europäischen Ausnahmeentwicklung erkennen, die den langsamen politischen Zerfall der Christenheit in einen Vorteil kehrte und die Grundlagen für einen modernen Internationalismus legte. Im Laufe mehrerer Jahrhunderte verlagerte sich das Denken der Menschen unter Preisgabe des Gottesgnadentums der Könige weg von den Regeln für eine internationale Gesell-

schaft von Königen und Fürsten. Man begann sich eine Welt von Völkern vorzustellen, eine internationale Gesellschaft von Gesellschaften.

Was könnte die Regenten verschiedener Staaten einen, fragten sich die politischen Theoretiker der frühen Neuzeit, wenn nicht die Gottesfurcht? Das Hauptcharakteristikum der internationalen Politik war und ist die Anarchie – das Fehlen einer einzelnen Autorität, die jene Mitglieder der Gesellschaft von Nationen zu dem Gehorsam zwingen kann, den sie selbst von ihren Untertanen erwarten. Thomas Hobbes schilderte das Fehlen eines über alle herrschenden Souveräns pessimistisch als Quelle unaufhörlicher Zwietracht, doch andere betrachteten das mit größerem Gleichmut. Besaß nicht die Natur ihre eigenen Gesetze, wie Aristoteles und Augustinus gelehrt hatten? Im 16. und 17. Jahrhundert kam die Idee eines Rechts der Nationen auf, das aus dem Naturrecht abgeleitet werden könne; bis zum 18. Jahrhundert brachten Theoretiker des Friedens Pläne für Konföderationen vor, die auf der Achtung von Rechten beruhten, die in Verträgen und in der Gleichheit der Mitgliedschaft verankert waren. So wie Machiavelli argumentiert hatte, dass Europas Heterogenität eine Stärke und keine Schwäche sei, stellten Intellektuelle der Aufklärung wie Montesquieu, Gibbon und Hume der angenommenen Stagnation despotischer asiatischer Reiche die Vitalität eines Kontinents gegenüber, dessen vielfältige Staaten untereinander Waren und Ideen austauschten. Handel bringe Frieden, sagten sie, und ebenso das Gleichgewicht der Kräfte, welches durch das natürliche Wirken rivalisierender Souveräne erzeugt werde. Während frühere Autoren die Einheit für unabdingbar hielten, um die Spaltungen der Christenheit zu kitten, begrüßten die *philosophes* das Vorhandensein politischer Verschiedenheit und das Aufeinandertreffen des konkurrierenden Eigeninteresses: Alles würde sich durch irgendeine kosmische Harmonie auf natürliche Weise ergeben, und die Konkurrenz sei vorteilhaft, da sie die Innovation fördere, den Status quo infrage stelle und zu Fortschritt führe. Sollte der Konflikt zum Leben der Nationen gehören, so betrachteten die meisten Theoretiker der Aufklärung dies nicht als etwas Schlechtes.⁴

Kritiker bezichtigten die Vertreter einer Politik des Gleichgewichts der Kräfte, den Status quo zu rationalisieren und die Notwendigkeit des Wandels herunterzuspielen. Rousseau glaubte verzweifelt, nur eine genau festgelegte Konföderation könnte den Gesellschaftsvertrag garantieren, und da dies in einer Größenordnung, die die Schweiz überstieg, nahezu unvorstellbar war, musste Europa zur Uneinigkeit neigen. Thomas Paine befand, der Kontinent sei «allzu dicht mit Königreichen bevölkert,

um lange Frieden zu wahren», und lieferte ein frühes Argument für den Unterschied zu den beiden Amerikas, die er als «ein Asyl für die Menschheit» vor Tyrannei und Unterdrückung ansah. Die Französische Revolution verstärkte die Schärfe dieser Angriffe. Für revolutionäre Ideologen war das System eines Gleichgewichts der Kräfte, das es während des Ancien Régime gegeben hatte, bereits unwiderruflich zusammengebrochen, und das Frankreich Napoleons war im Grunde genommen der «Freund der Menschheit», der Europa auf einen neuen Weg brachte.⁵ Für die Gegner der Revolution andererseits bedrohte Napoleon Europa mit einer neuen Variante der alten verabscheuten Universalmonarchie. Damit brach eine heftige und vielschichtige Debatte los, die einige der profiliertesten Intellektuellen der Zeit einbezog: Darin ging es in erster Linie um Europa, aber auch grundsätzlich um das Wesen der internationalen Politik. Durch sie können wir nicht nur das Aufkeimen der Idee nachverfolgen, wonach das «Internationale» eine separate Zone des politischen Lebens mit ihren eigenen Regeln, Normen und Institutionen ist, sondern damit einhergehend die Idee, dass diese Zone der Politik in gewissem Sinne *regierbar* sei, und zwar nicht durch Gott oder durch die Natur, sondern durch die Menschen.

Schon einige Zeit bevor der Philosoph Immanuel Kant 1795 seinen klassischen Aufsatz über den ewigen Frieden veröffentlichte, war er mit seinem Souverän, dem preußischen König Friedrich Wilhelm II., in Religionsfragen aneinandergeraten. Die philosophischen Schriften Kants befassten sich meistens nicht direkt mit Politik. Doch dann brach die Französische Revolution aus, und kurz darauf wurde das Königreich Polen, einst einer der größten Staaten Europas, von der Landkarte Europas getilgt, weil seine Nachbarstaaten es zerteilten. Diese erschütternden Ereignisse verdeutlichten, dass die Theoretiker des Naturrechts des 18. Jahrhunderts zu selbstzufrieden gewesen waren, was die friedliche Natur der europäischen Zivilisation anging. Vor diesem Hintergrund erarbeitete Kant seinen berühmten Entwurf des Wegs zum ewigen Frieden, ein Text, der bis zum heutigen Tag Generationen von Denkern beim Thema Weltregierung beeinflusst hat.

Von amerikanischen Politiktheoretikern, die für eine aktivistische Außenpolitik eintraten, mit der die Demokratie unterstützt und im Namen des Friedens überall auf der Welt verbreitet werden sollte, wurden Kants Argumente im späten 20. Jahrhundert neu formuliert. Doch dieser neue Kant der Zeit nach dem Kalten Krieg unterschied sich erheblich von

dem Original der Aufklärung. Jener Kant, der keineswegs zum Lobe der *Demokratie* geschrieben hatte, glaubte nicht, dass diese Dinge durch die politischen Strategien von Staatsmännern beschleunigt werden konnten, und teilte die Welt gewiss nicht in liberale und autoritäre Staaten ein. Die eigene Auffassung des Philosophen, die von der klassischen Tradition durchdrungen war, besagte, dass es Republiken – nicht Demokratien – seien, die zum Frieden führen, da das, was wirklich zähle, die wirkliche Gewaltenteilung sei. Tatsächlich betrachtete er Demokratien wie viele Rationalisten der Aufklärung lediglich als Staaten mit einer Mehrheitsregierung, die ohne wirksame Gewaltenteilung zum Despotismus verkommen konnte. Der Grund dafür, dass Republiken friedliebend sind, sagt Kant, sei einfach der: Sie seien in kriegerischen Konflikten auf ihre Bürger, nicht auf Söldner angewiesen. Eine Demokratie, die sich auf eine Berufarmee verlässt, würde ihn nicht mit Hoffnung erfüllen.

Ebenso unvereinbar mit unseren heutigen Empfindlichkeiten ist Kants äußerste Feindseligkeit gegenüber den Völkerrechtlern, eine Haltung, die sich aus seiner Überzeugung erklärt, dass sie grundsätzlich als Apologeten der Macht handelten und folglich nichts dafür täten, die Sache des Friedens voranzubringen. Im Grunde genommen behinderten sie dies, argumentiert er, indem sie als bloß vorübergehende Beschränkungen der Gewalt aufträten.

Bei dem Begriffe des Völkerrechts, als eines Rechts zum Kriege, läßt sich eigentlich gar nichts denken ..., es müßte denn darunter verstanden werden: daß Menschen, die so gesinnet sind, ganz recht geschieht, wenn sie sich unter einander aufreiben, und also den ewigen Frieden in dem weiten Grabe finden, das alle Greuel der Gewalttätigkeit samt ihren Urhebern bedeckt. – Für Staaten, im Verhältnisse unter einander, kann es nach der Vernunft keine andere Art geben, aus dem gesetzlosen Zustande, der lauter Krieg enthält, herauszukommen, als daß sie, eben so wie einzelne Menschen, ihre wilde (gesetzlose) Freiheit aufgeben, sich zu öffentlichen Zwangsgesetzen bequemen, und so einen (freilich immer wachsenden) Völkerstaat (*civitas gentium*), der zuletzt alle Völker der Erde befassen würde, bilden. Da sie dieses aber nach ihrer Idee vom Völkerrecht durchaus nicht wollen, mithin, was in thesi richtig ist, in hypothesi verwerfen, so kann an die Stelle der positiven Idee einer Weltrepublik ... nur das negative Surrogat eines den Krieg abwehrenden, bestehenden, und sich immer ausbreitenden Bundes den Strom der rechtscheuenden, feindseligen Neigung aufhalten, doch mit beständiger Gefahr ihres Ausbruchs.⁶

Kant argumentiert also, dass Staaten, die durch Regeln gebunden sind, mit denen lediglich Krieg verhindert werden soll, kein Ersatz seien für eine letztendlich kosmopolitische Weltordnung, etwas, von dem er denkt, es entstehe allmählich und unausweichlich, indem sich Staaten zu einem Bund zusammenschließen und andere anregen, sich ihnen anzuschließen. Er spezifiziert keinen Mechanismus, durch den dies geschehen könnte; wir sind noch nicht in einem Zeitalter, dem es leicht fällt, das Problem der *Organisation* theoretisch zu behandeln. Doch durch den Handel, wie andere meinten, würde dies sicherlich nicht zustande kommen, weil Kant nicht der Ansicht war, dass der Handel zivilisiere: Mit den europäischen Kaufleuten und ihrer Wirkung auf den Rest der Welt war er gar nicht einverstanden, und er kritisierte «die Ungerechtigkeit, die sie in dem Besuche fremder Länder und Völker (welches ihnen mit dem Erobern derselben für einerlei gilt) beweisen». Kant war im Grunde überzeugt davon, dass die Bewegung auf eine «Weltrepublik» hin unaufhaltsam gedeihen und stärker werden würde, vor allem weil die Menschen überall vernünftig seien und im Laufe der Zeit verstehen würden, dass es in ihrem Interesse sei. Wir finden daher in seinem Aufsatz weder ein Lob für eine Welt demokratischer Völker, wie es von Präsident George W. Bush geäußert wurde, noch eine Hymne auf den freien Handel wie bei Anhängern der Globalisierung, sondern eine strenge Kritik an dem europäischen Staatensystem, wie es am Ende des 18. Jahrhunderts existierte. Diese verband er mit einem Entwurf eines evolutionären Weges für die Menschheit, der die Sache des Friedens mit der von Freiheit und Vernunft gleichsetzte und der überaus einflussreich werden sollte. Kant war idealistisch im strengen Sinne des Wortes, insofern der Fortschritt auf diesem Weg von der Verbreitung entsprechender Ideen abhing, und zugleich rationalistisch in seiner Zuversicht, dass die Menschheit nicht nur Verstand besitze, sondern letzten Endes auch von ihm geleitet werden würde.

Diese Annahmen schienen anderen Denkern des revolutionären Zeitalters bereits veraltet zu sein. Dem Glauben Kants an die universelle Vernunft setzten sie die Bedeutung von Anschauung und Gefühl entgegen; gegenüber seiner Welt des Bewusstseins bevorzugten sie die Idee von Europas Einheit und die Zugkraft des Patriotismus. Edmund Burke geißelte die Französische Revolution wegen ihres «gewaltsamen Bruchs der Gemeinschaft Europas», einer Gemeinschaft, deren vermeintliche Grundlagen er nicht in der Vernunft identifizierte, sondern vielmehr in dem Gefühl von Ehrfurcht, die die alten Institutionen Monarchie und Kirche bei

ihren ergebenen Untertanen und Gläubigen hervorriefen. In seinen Worten war die Revolution «ein Schisma mit dem ganzen Universum»; Sitten, Gewohnheit und Gefühl – die wesentlichen Bausteine des sozialen Lebens – seien alle von diesem Ausbruch barbarischer Leidenschaft bedroht. Burkes Kritik an der Revolution beschwor nicht etwa das alte Bild der Aufklärung von einem System eigennütziger Herrscher herauf, von Ausgleich, Gewicht und Gegengewicht, sondern ein fiktives, aber eindrucksvoll romantisierendes Bild einer Gemeinschaft von Europäern, die im Gefühl und der Anschauung geeint sind. Der junge deutsche Mystiker Novalis trieb diese Idee sogar noch weiter, indem er in einem Text aus dem Jahr 1799 die Ansicht vertrat, dass Europa das Ethos einer lange zurückliegenden Zeit wiedererlangen müsse, als es «eine friedliebende Gesellschaft» war, als «*ein* großes gemeinschaftliches Interesse die entlegensten Provinzen dieses weiten geistlichen Reichs verband». Europa müsse sich von der Philosophie und Aufklärung abwenden und sich zum Mittelalter, der Dichtkunst sowie dem Geist hinwenden und brauche «genauere Kenntnis der Religion», meinte Novalis. In mystischer, anspielungsreicher Sprache deutete er an, dass Bemühungen, den Frieden durch den Intellekt an sich herbeizuführen, zum Scheitern verurteilt seien. «Es ist unmöglich, daß weltliche Kräfte sich selbst ins Gleichgewicht setzen ... aller Friede ist nur Illusion, nur Waffenstillstand; auf dem Standpunkt der Kabinetter, des gemeinen Bewußtseins ist keine Vereinigung denkbar.» Für Novalis haben sowohl die Revolutionäre als auch deren Gegner «große notwendige Ansprüche und müssen sie machen, getrieben vom Geiste der Welt und der Menschheit.» Nur der Glaube könne sie wieder versöhnen. «Wo ist jener alte, liebe, alleinseligmachende Glaube an die Regierung Gottes auf Erden ...?»⁷

[...]